

SPD Fraktion in Pfullingen

zum

Haushaltsplan 2024/2025

für die Stadt Pfullingen

Pfullingen, den 23. Januar 2024

Karen Scheck, Walter Fromm, Thomas Mürdter

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister Wörner,

alle Jahre wieder aber doch diesmal etwas anders, denn wir haben als SPD-Fraktion ganz bewusst keinen haushaltsrelevanten Antrag zum vorliegenden Doppel-HH 24/25 gestellt. Wir alle hier im Raum haben gemeinsam die Grundzüge dieses HH`s in einer Klausurtagung mit aufgestellt und dazu stehen wir dann auch.

Jetzt Anträge zu Fahrradständern, Fußgängerüberwege und ähnliches zu stellen halten wir heute für wenig zielführend, fragt man sich doch, wozu wir eigentlich ein Mobilitätsforum gegründet und ein Ingenieurbüro beauftragt haben, um hier ein umfassendes Mobilitätskonzept zu erstellen?

Wir schlagen vor, diese Gesamtplanung jetzt dringend fertigzustellen und dann schrittweise die erforderlichen Maßnahmen unter Einbeziehung aller (auch der zukünftigen) Verkehrsteilnehmer anzugehen.

Mit Blick auf die Anträge zur Verkehrssicherheit in Pfullingen und dem hier geforderten sicheren Überquerung von Straßen, sei mit dem Hinweis auf die auch geplante Innenstadttrasse unserer Stadtbahn (zukünftiger Verkehrsteilnehmer s.o.) angemerkt, dass nach den „Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen“ (R-FGÜ) Abs. 2, Fußgängerüberwege u.a. dann nicht angelegt werden dürfen: Auf Straßenabschnitten mit koordinierter LZA „Grüner Welle“ (kommt in Pfullingen leider nicht vor....) oder über Straßen mit Schienenbahnen ohne eigenem Gleiskörper.

Über den letzteren Punkt, darf sich jeder von uns beim nächsten Überqueren der Markstraße Gedanken machen.

Zurück zum Doppelhaushalt:

Statt Anträge wollen wir auf einige, aus unserer Sicht notwendige und wichtige Schwerpunkte kommunalen Handelns in der kommenden Periode hinweisen.

Hohe Priorität muss dabei die **Schaffung bezahlbaren Wohnraums durch die öffentliche Hand haben**. Durch die von uns nach Kräften unterstützte und ja bereits erfolgte Gründung eines Kommunalen Wohnbauunternehmens, haben wir uns da in Pfullingen auf den richtigen Weg begeben.

Es müssen dauerhaft sozialgebundene Wohnungen, statt der Objekte mit vorübergehender Sozialbindung entstehen, sonst werden sich die Wohnungsnot und die daraus vermutlich resultierenden Reaktionen von Betroffenen, zunehmend verschärfen. Hierzu gehört selbstverständlich auch, dass es wieder einen vom Bund geförderten Wohnungsbau gibt. Allein können das die Kommunen nicht stemmen.

Hierzu ist aber auch kein Antrag erforderlich, da Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat bereits an einem Strang ziehen.

Ein weiteres Handlungsfeld, hinter dem wir stehen und das wir auch vorantreiben wollen, ist der Bereich kommunale Wärmeplanung.

Um einerseits die Folgen der Verbrennung fossiler Energien langfristig zu mildern, andererseits auch die Abhängigkeit von Energielieferungen aus Drittländern weiter zu minimieren, stehen wir für den Ausbau von Energien aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse etc. ein.

In der Umsetzung dieses Ausbaues kommt **der Kommunalen Wärmeplanung** höchste Priorität zu, gerade auch im Hinblick auf die Bürgerschaft, die Planungssicherheit für die kommenden Jahre erwarten darf.

Dass beispielsweise das neue Gewerbegebiet „Unter den Wegen“ energetisch nach neuesten Erkenntnissen nur mit regenerativen Energien erschlossen werden soll, ist schließlich allgemeiner Konsens.

Bedauerlicherweise wurde in den vergangenen Jahren bei der Erschließung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten, mit dem Hinweis auf die Selbstbestimmtheit der Bauherren, auf eine zentrale Wärmeversorgung verzichtet. Heute denkt man anders und blickt neidvoll auf unsere Stadtgebiete aus den 70er Jahren, die sich keine Gedanken um ihre Gas- oder Ölheizung machen müssen, da sie eben zentral versorgt sind. Es war früher eben nicht immer alles schlecht.

Eine Anmerkung noch zur landauf - landab monstranzartigen Heiligsprechung der **Digitalisierung der Verwaltungen**. Eine aktuelle Statistik stellt fest, dass nur ca. 4 % der Verwaltungsleistungen (Anträge der Bürger usw.) voll digitalisiert sind und online erledigt werden können.

Eine PDF herunterladen, ausdrucken, unterschreiben und dann in den Briefkasten für digitale Post einwerfen, ist eben noch keine Digitalisierung.

Schaut man z.B. auf unsere Homepage unter Formularen A so findet man 40 Anträge von denen man nur einen wirklich komplett online erledigen kann.

Hier sehen wir eine wirklich brennende Zukunfts-Aufgabe die in unserem Land nicht einfach werden wird, denn wir kommen von Analog und es funktionierte doch in den letzten 100 Jahren alles so schön mit 4 Durchschlägen.

Es sei allerdings hierzu auch angemerkt, dass man für diesen elektronischen Bürgerservice keine leeren Rohre ohne Inhalt benötigt, sondern die entsprechende Software und eine dringend damit einhergehende Vereinheitlichung und Entschlackung unserer in Deutschland überschäumenden bürokratisierten Vorgänge und Vorschriften.

Eine solide Haushaltsführung und die stetige Suche, wo Mittel eingespart und welche Projekte oder Maßnahmen wirklich erforderlich sind, wie es beispielsweise der Antrag der Kollegen der CDU formuliert, ist auch in unserem Sinne.

Wir gehen allerdings auch davon aus, dass Bürgermeister und Verwaltung mit dem Gemeinderat hier auf dem gleichen Weg sind.

Dem Doppelhaushalt 2024/2025 in der vorliegenden Form stimmen wir zu.